

Diversifizieren, umrüsten, technologieoffen bleiben – drei faktenbasierte Handlungsempfehlungen für die nächsten Schritte zur Weiterentwicklung des Gassystems

Der Koalitionsausschuss hat am 23. März 2022 im „Entlastungspaket“ weitreichende Beschlüsse zur Reduktion von russischem Erdgas und dem Hochlauf von Wasserstoff und Biomethan gefasst. Der DVGW befürwortet den Aufbau eines resilienten und nachhaltigen Energiesystems über eine schnelle Diversifizierung der Gasversorgung. Die Technologien und Infrastrukturen dafür sind bereits verfügbar. Für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung (ohne Erdgas) braucht es allerdings zwingend erneuerbare Gase. Der DVGW sieht daher folgende drei Aktionslinien:

1. Rasch diversifizieren – jetzt erneuerbare Gase stärken

Die erneuerbaren Gase Wasserstoff und Biomethan sind die beste und nachhaltigste Wahl zur Diversifizierung der Gasbezugsquellen.

- Aufgrund der aktuellen Versorgungslage bedarf es kurzfristiger Maßnahmen, wie den Import von LNG und den Bau der dafür notwendigen Terminals. Zur Umsetzung der nationalen Klimaschutzziele sollte jedoch parallel eine signifikante Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger erfolgen.
- Gasförmige erneuerbare Energieträger haben hierbei eine hohe Bedeutung. Sie sind über lange Zeiträume speicherbar und sichern die Energieversorgung von Unternehmen, Gewerben und Haushalten auch im Winter, wenn Energie am meisten und dringendsten benötigt wird.
- Unsere Studien zeigen, dass erneuerbare Gase wie Wasserstoff und Biomethan in ausreichenden Mengen für alle Sektoren zur Verfügung stehen können – perspektivisch sogar mit unter 5 ct/kWh zu günstigeren Preisen als heutiges Erdgas! Die Umstellung auf klimafreundliche Gase sollte daher politisch angereizt werden.
- Der Umstieg sollte sowohl über Importe als auch über den Aufbau der heimischen Erzeugung erfolgen. Die Vorteile heimischer Erzeugung liegen auf der Hand: Mit einer dezentralen Wasserstoff- und Biomethan-Erzeugung kann bis 2030 ein Drittel des heutigen Gasbedarfs substituiert werden, was unsere Importabhängigkeit verringert sowie regional zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

Handlungsempfehlungen des DVGW:

- ➔ Um den Umstieg auf klimafreundliche Gase sicherzustellen, sollte noch in diesem Jahr ein separates Ausbauziel gesetzlich festgeschrieben werden (Grüngas-Ziel). Das Ziel sollte mittels einer verbindlichen pönanisierten Treibhausgas-Minderungsverpflichtung kontinuierlich umgesetzt werden.
- ➔ Zur Gasaufbereitung geeignete Biogas-Anlagen sollten schnell an das Gasnetz angeschlossen werden. Dazu braucht es sowohl marktliche Rahmenbedingungen (s.o.) als auch ein Förderregime für Rohbiogas-Sammelleitungen und für die Kopplung mit Elektrolyseuren. Ebenso bedarf es genehmigungsrechtlicher Vereinfachungen, z.B. im Bauplanungsrecht.
- ➔ Neben den Gasfernleitungsnetzen sollten auch die Gasverteilnetze schnell für Wasserstoff ertüchtigt werden, da diese der Schlüssel zur Dekarbonisierung von Industrie und Haushalten sind. Dazu bedarf es einer regulatorischen Anerkennung der Kosten und eines integrierten Regulierungsrahmens für Gas- und Wasserstoffinfrastrukturen.

2. Umrüsten – H2-ready-Heizsysteme unterstützen und Erdgas einsparen

Energieeffiziente wasserstofffähige („H2-ready“) Heizgeräte sowie KWK- und Hybridanlagen bieten eine schnelle und kostengünstige Möglichkeit zur Reduzierung des Erdgasverbrauchs. Der Einsatz dieser hocheffizienten Heiztechnologien sollte stärker als bislang gefördert werden – auch im Neubau.

- Der Erdgasverbrauch sollte schnell reduziert werden, um die Abhängigkeit von Russland zu verringern und so unsere Versorgungssicherheit zu gewährleisten.
- Der größte und kurzfristig wirksamste Hebel dafür liegt im Austausch von alten Gaskesseln durch hocheffiziente H2-ready-Gasgeräte und Hybridanlagen. Denn dadurch entsteht eine Win-Win-Situation: Diese Geräte verbrauchen im Schnitt nicht nur bis zu 25 Prozent weniger Erdgas, sondern können auch mit Wasserstoff oder Biomethan betrieben werden – sie erfüllen somit die im „Entlastungspaket“ beschlossenen Vorgaben an

neue Heizungen. Sie sind damit eine Investition in Effizienz und Klimaschutz zugleich.

- In Ergänzung zur geplanten Wärmepumpenförderung sollte daher eine Offensive zum Ausrollen von H2-ready-Heizsystemen gestartet werden. Dies ist auch deswegen notwendig, da in zwei Dritteln der Bestandsgebäude die bautechnischen Voraussetzungen für den Einbau und Betrieb elektrischer Heiztechnologien nicht gegeben sind. Diese sind erwiesenermaßen nur in gut sanierten Bestandsgebäuden und im Neubau optimal einsetzbar. Ebenso fehlen allein für die Installation von 6 Mio. Wärmepumpen bis 2030 rund 100.000 Fachhandwerker, [wie der Zentralverband Sanitär Heizung Klima unlängst bestätigt hat](#). Zusätzlich würde ein zu starker Wärmepumpenausbau das Stromsystem [nachweislich überlasten](#) und den Strompreis um mehr als 50 Prozent erhöhen.

Handlungsempfehlungen des DVGW:

- ➔ Das geplante Austauschprogramm von Gaskesseln sollte vor allem genutzt werden, um alte Gasheizungen durch neue, hocheffiziente H2-ready-Heizgeräte und -Anlagen zu ersetzen. Die Fördersätze für „renewable-ready“ Gasgeräte und Hybridanlagen sollten daher auf das Niveau anderer Technologien angehoben werden.

3. Technologieoffen bleiben!

Aktuelle Studien des DVGW und seiner Institute zeigen, dass der Einsatz und die kluge Koppelung verschiedener Energieträger und Technologien die kostenmäßig günstigste Variante für Klimaneutralität im Wärmesektor ist.

- Statt die Bürger „durch die Hintertür“ zu teuren Sanierungsmaßnahmen und den Einbau von elektrischen Wärmepumpen zu verpflichten, muss die Entscheidung für eine klimaneutrale Heiztechnologie immer anhand der Gegebenheiten vor Ort getroffen werden. Dafür ist

die kommunale Wärmeplanung grundsätzlich ein geeignetes Werkzeug.

- Von der alleinigen höheren Förderung für (elektrische) Wärmepumpen würde hingegen nur jener kleine Teil der Immobilienbesitzer profitieren, bei dem die bautechnischen Voraussetzungen gegeben oder die finanziellen Mittel und örtlichen Handwerkskapazitäten für eine teure Sanierung vorhanden sind. Damit würde der Großteil der Bevölkerung bei der Förderung benachteiligt – und am Ende sogar die Klimaziele verfehlt.

Handlungsempfehlungen des DVGW:

- ➔ Es sollte ein technologieoffenes Rahmengesetz für die kommunale Wärmeplanung vorgelegt werden, um den unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten in den Kommunen (Bestandsbauten, Energieverfügbarkeit und Infrastrukturen) gerecht zu werden, und damit zeit- und kosteneffizienten Klimaschutz zu ermöglichen.
- ➔ Staatliche Förderprogramme sollten grundsätzlich alle klimaneutralen Heiztechnologien umfassen, um auch all jene zum Wechsel hin zu klimaneutralen Heizungen zu bewegen, für die eine Wärmepumpe keine Option ist.

Ansprechpartner

Dr. Volker Bartsch
+49 30 794736-15
Volker.Bartsch@dvgw.de

Philipp Ginsberg
+49 30 794736-65
Philipp.Ginsberg@dvgw.de

Robert Ostwald
+49 30 794736-46
Robert.Ostwald@dvgw.de